

„Zwei-Staaten-Lösung passé – was tun?“

von Reiner Bernstein

Im Rahmen der Tagung „Krise der Dialogfähigkeit – ‚Shrinking Space‘ im Israel-Palästina-Konflikt“ vom 21. bis 23. September 2018 in der Ev. Akademie Bad Boll war ich eingeladen, über Alternativen unter Israelis und Palästinensern nach dem faktischen Scheitern der Zwei-Staaten-Lösung zu sprechen. Den Verantwortlichen der Akademie, vor allem dem Leiter Prof.Dr. Jörg Hübner, dem Vorbereitungsteam unter Federführung von Mauricio Salazar sowie Dr. Ulrich Bausch, Mitglied des Kuratoriums, sage ich auch an dieser Stelle besten Dank dafür, dass sie dem medialen Druck der Verleumdungen und unerträglichen Beschimpfungen in Printmedien, Facebook-Einträgen und Emails, denen sie ausgesetzt waren, standgehalten und die Tagung im vorbildlichen Geist des Dialogs geleitet haben, den die Gegner vermissen ließen, indem sie mit fadenscheinigen Begründungen die Teilnahme verweigerten.

Seit vielen Jahren beschäftigt mich die Frage, warum die internationale Diplomatie im israelisch-palästinensischen Konflikt nicht vorankommt. Anstatt dem üblichen rechtspolitischen Positivismus zu folgen, der die Menschenrechte, die Demokratie und den Rechtsstaat in den Mittelpunkt stellt, habe ich nach den ideologischen Vorentscheidungen in Religion und Politik gesucht, welche die zionistische und israelische Öffentlichkeit prägen. Die Antwort lautet: In ihrem Mittelpunkt steht seit dem 19. Jahrhundert, dem Zeitalter der staatsbürgerlichen Emanzipation in Europa, der Widerspruch zwischen rabbinischem Traditionalismus, messianischen Erwartungen und gesellschaftlicher Moderne. Meine thematische Aufmerksamkeit hat mit der Selbstbezeichnung Israels als Demokratie zurück.

Aufgrund des knappen Zeitbudgets in Bad Boll dokumentiere ich an dieser Stelle den vollständigen Text meines Referats.

Der Anlass

Im Jahr 1930 veröffentlichte Judah Leon Magnes (1877 – 1948), der erste Kanzler der Hebräischen Universität in Jerusalem, in englischer und deutscher Sprache die Broschüre „Wie alle Völker...?“, der er die Frage „Welch anderes Volk auf Erden ist wie Dein Volk in Israel?“ (2. Samuel 7,23) mitgab. Magnes bezog sich dabei auf die Prophezeiung in Exodus 23,9, die von Martin Buber und Franz Rosenzweig so übersetzt worden ist: „Da, ein Volk, einsam wohnt es, unter die Erdstämme rechnet sich's nicht.“

Der 1904 in New York ordinierte Reformrabbiner, der in San Francisco von seiner Mutter deutschsprachig erzogen wurde und in Berlin und Heidelberg studierte, wollte klären, ob das jüdische Volk auf dem Weg zu nationaler Souveränität

aufgrund seiner einzigartigen Bindung an Gottes Gebote und Weisungen (Exodus 20,3) jenseits der Realgeschichte verharren und daraus ein exklusives Eigentumsrecht auf das Land Israel ableiten wolle (Genesis 12,7 et al.), das mit dem Schwert verteidigt werden müsse (Genesis 27,39 f.), oder ob es gewillt sei, nunmehr ein Volk wie jedes andere zu werden und damit der „Idee der Gemeinschaft aller Menschen und der Gerechtigkeit“ zu folgen beabsichtige.

Die Entscheidung über diese innerjüdische Alternative hatte, wie sich denken lässt, unmittelbare Auswirkungen auf die arabische Bevölkerung in Palästina. Hieran hat sich bis heute nichts geändert.

„Wenn das israelische Volk tatsächlich an die schließliche und ewige arabische Weigerung glaubt, Israel als Partner mit gleichen Rechten in der Familie der nahöstlichen Nationen zu akzeptieren, dann kann nur eine Schlussfolgerung daraus gezogen werden, dass es nämlich verboten war, den Staat Israel zu gründen, da das zionistische Programm von Anfang an falsch war“,

hat der Präsident des Zionistischen und Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann (1895 – 1982) ausgeführt. Der unter dem Pseudonym Achad Ha'am („Einer aus dem Volke“) auftretende Kulturzionist Asher Zvi Ginsberg (1856 – 1927) hatte schon 1902/03 davor gewarnt, das Schwert gegen die Bibel auszutauschen, und angesichts der Zusammenstöße zwischen Arabern und Juden 1920 und 1921 in einem Zeitungsbeitrag geschrieben: *„Wenn das der ‚Messias‘ sein soll, will ich sein Kommen nicht sehen.“* Die Mehrheit der Knesset ließ sich am 19. Juli 2018 in ihrer Zustimmung zum „Nationalstaatsgesetz“ nicht davon beeindrucken. Die Vorlage bekräftigte vielmehr den Primat der zeitgeschichtlichen Einzigartigkeit, diesmal gegenüber mehr als 20 Prozent der arabischen Staatsbürger.

Tradition oder Moderne

Die Vorstellung im Zionismus, mit der Einwanderung und den Aufbauleistungen in Palästina den „neuen Juden“ zu schaffen, der sich von der exilischen Vergangenheit löse, stieß seit Anbeginn auf Widerstand. Als einer der großen

„*Matadore des Zionismus*“ (Chaim Weizmann, 1854 – 1952) und „*Giganten der Bewegung*“ (Golda Meir, 1898 – 1978) gerühmte Shmaryahu Levin (1867 – 1937), geboren im weißrussischen Swislowitz und Kronrabbiner in Grodno und Jekaterinoslaw, befürchtete für das jüdische Leben in Osteuropa infolge der industriellen und kulturellen Modernisierung, dass „*die besten jüdischen Köpfe ... zu anderen Göttern und einer fremden Umwelt*“ übergehen. Levin sah in der offenen Gesellschaft ein Desaster voraus: „*Einst verkaufte Esau seine Seele für ein Linsengericht*“ (Genesis 25,34), *jetzt verkauft Jakob seine Seele für Bürgerrechte. Es ist schwer einzusehen, was Jakob mit Esaus Erstgeburtsrecht gewann.*“

Deshalb wurden die reformerischen Erleichterungen des Zaren Alexander II. vielfach mit Beklemmung aufgenommen. Denn manche Juden „*fürchteten instinktmäßig*“ – so noch einmal Levin –, „*dass ein Riss in ihr Leben kommen könnte, dass die Freiheit, die sie unter Alexander dem Zweiten gewannen, geeigneter wäre, ihre spezifische eigene Welt zu zerstören*“, als es die harten Erlasse seines Vaters Nikolaus I. – „*ausgerottet soll sein Name und sein Andenken werden*“ – waren. Auch Weizmann erinnerte sich an seine als unbehaglich empfundene Studentenzeit in Berlin:

„In Pinsk [nahe seiner Geburtsstadt Motol] war es doch besser, obwohl Pinsk doch Russland war und Zarismus, Beschränkung auf das Siedlungsgebiet, numerus clausus und Pogrome bedeutete. In Russland hatten wir Juden wenigstens unsere eigene Kultur, und zwar eine sehr hohe, wir hatten Selbstachtung und dachten nicht im Traum daran, dass unser Judentum etwas sei, das abgestreift und verheimlicht werden müsste.“

Die „*Gesellschaftsanzüge und Fräcke und die eleganten Abendkleider*“, die „*elegante und pseudo-weltmännische Note*“, die „*den offiziellen Zionismus*“ in Berlin symbolisierten, waren ihm und seinen Studienkollegen aus Osteuropa zutiefst fremd. Der frühe Sekretär Theodor Herzls (1860 – 1904) Nathan Birnbaum (1864 bis 1937) entdeckte bei den Anhängern der Akkulturation ein „*Affentalent*“. Sammy Gronemann (1875 – 1952), Rechtsanwalt, Zionist, Schriftsteller und Satiriker, zitierte einen Talmud lernenden Mann in Berlin, den das unziemliche Benehmen seiner jüdischen Mitbewohner verdrießte:

„Es gibt nur eins: Die Juden müssen zurück ins Ghetto! ... Ich pfeife auf die ganze Emanzipation! ... Im Ghetto hat der Jude gelebt, wie ein Mensch lebt. Ich weiß: er hat wie ein armer, elender hungriger Mensch gelebt und ständig für sein bißchen Leben gezittert! Aber er hat nicht sein ganzes Leben Komödie spielen müssen, bis er selbst nicht mehr weiß, was sein wahres Gesicht ist und was seine Maske.“

Richard Lichtheim (1865 – 1963), der während des Ersten Weltkrieges für die zionistische Organisation in Konstantinopel arbeitete und aus einer völlig assimilierten Familie in fünfter Generation stammte – „Berlin W.W.“ spöttisch genannt –, wo die Zahl der Taufen in seiner Familie erheblich war, ließ in seinen Memoiren seine Mutter Clara mit dem Verdikt zu Wort kommen:

„Namensänderungen und Taufe empörten sie. Entfernte Verwandte meines Vaters in Ostpreußen, die Goldstand hießen, hatten sich nach der Taufe ‚Gerdeck‘ genannt. ‚Gerdreck‘“, sagte meine Mutter verächtlich. Gewiss, das demokratische Deutschland sei ein Rechtsstaat. Aber besser noch als das Gesetz schütze die Juden die strenge Gliederung des kaiserlichen Klassenstaates.

Für Stimmen wie diese war der moderne Zionismus eine höchst suspekthe Revolution, die sich – an die Adresse Gottes gerichtet – in dem Ausruf ausließ: *„Du bist ewig, Du kannst warten. Denn tausend Jahre sind vor Dir wie ein Tag, der gestern vergangen ist, und wie eine Nachtwache. Unsere Geduld ist aber zu Ende. Vergib Deinen Kindern also, wenn sie das Nahen des Tages beschleunigen.“* Der Dichter David Shimoni (1886 – 1956) forderte die junge Generation auf: *„Höre nicht, mein Sohn, auf die Moralpredigt der Väter“*, der Jude habe für die Vereinigung von Geist und Materie im Land Israel selbst zu sorgen. Die drei talmudischen Eide

- einer, dass Israel nicht geschlossen heraufziehe [d.h. Verbot der Masseneinwanderung vor Anbruch der messianischen Zeit],
- einer, dass der Heilige, gepriesen sei Er, Israel beschwor, sich nicht wider die weltlichen Völker aufzulehnen [d.h. sie nicht zu reizen], ihrer Obrigkeit Folge zu leisten, sich also der Macht zu beugen, und im Gegenzug,

– einer, dass der Heilige, gepriesen sei Er, die weltlichen Völker beschwor, Israel nicht übermäßig zu knechten,

sollten der Vergangenheit angehören. Mit der nationalen Souveränität werde der Antisemitismus entwaﬀnet.

Damit der Zionismus nicht nackt vor der jüdischen Tradition stehe, hat der Bibelwissenschaftler Uriel Simon später geurteilt, versuchte der vom britischen Hochkommissar Herbert Samuel (1870 – 1963) als aschkenasischer Oberrabbiner eingesetzte Abraham Isaac Hacoen Kook (1860 – 1935) einen Zwischenschritt, indem er Religion, Volk und Verheißung als „*Licht für die Völker*“ (Jesaja 42,6 & 49,6) zusammenführte und zwischen der religiösen Sehnsucht und dem praktischen Pioniergeist keinen Widerspruch gelten ließ: Die Ankunft des Messias hänge von der Rückkehr der Juden in ihre Heimat ab, auf das die Wohnstätte Gottes in Israel auch dem kosmischen Erlösungsprozess zugutekommen werde. Die dem Traditionalismus entrückten jungen Zionisten betrachtete Kook als Vorboten der Endzeit. Eines Tages würde sich aus ihrer Schamlosigkeit das geliebte „Joch der Thora“ („Ol Ha-Thora“) erheben.

Zu spät für den Frieden?

Welche politischen Alternativen boten sich frühzeitig an, um einen historischen Kompromiss zwischen Juden und Arabern zu finden? Nach dem XIV. Zionistenkongress in Wien im August 1925, auf dem das religiöse Bekenntnis jedem einzelnen überlassen worden war, wurde der „Friedensbund“ („Brit Shalom“) begründet, zunächst als Debattenbeitrag, ohne in die politische Offensive gehen zu wollen. Einerseits ging es um den Ausgleich mit den Arabern auf der Basis gleicher Rechte, andererseits um die nationale Renaissance im Sinne der Rückkehr zur jüdischen Kultur sowie zu jüdischen Werten. Dabei betrachteten die Mitglieder und Sympathisanten die britische Balfour-Erklärung vom 02. November 1917 als die „Ursprungssünde“ (Ilan Pappé), weil sie den Zionismus in die Abhängigkeit von einer imperialen Macht drängte und in der arabischen Bevölkerung auf erbitterten Widerstand stieß.

Außer Martin Buber (1878 – 1965) gehörten zu der Gruppe der Philosoph Hugo Bergmann (1883 – 1975), der Lehrer Isaac Epstein (1862 – 1943), Benjamin Radler-Feldman (besser bekannt unter dem Namen Rabbi Benjamin, 1880 – 1957), der Landwirt Chaim Margolis Kalvaryski (1868 – 1947), der Historiker Hans Kohn (1891 – 1971), der in Köln gebürtige Jurist Georg Landauer (1895 – 1974), der Lehrer und Publizist Joseph Lurie (1871 – 1937), der als Vater des Siedlungswerks gewürdigte Ökonom und Jurist Arthur Ruppin (1878 – 1943), der Erziehungswissenschaftler Akiva Ernst Simon (1899 – 1988), der durch seine Arbeiten zur „Kabbala“ ausgezeichnete Gershom Scholem (1897 – 1982), die Begründerin der „Jugend-Aliya“ Henrietta Szold (1860 – 1945), Ruppin engster Mitarbeiter Jacob Yochanan Thon (1888 – 1950) und Robert Weltsch (1891 – 1982), der Chefredakteur der in Berlin erscheinenden „Jüdischen Rundschau“. Aufgrund seiner Position an der Hebräischen Universität musste sich Magnes eine gewisse Zurückhaltung befehlen. Der Verleger Salman Schocken (1877 – 1959) – er kaufte 1935 die bankrotte Tageszeitung „Haaretz“, die heute von seinem Enkel Amos geleitet wird – sympathisierte mit „Brit Shalom“, ohne dort aktiv zu werden. Sie alle waren deutschsprachig.

Ruppin musste ernüchtert feststellen, dass die Araber *„schneller als erwartet zu nationalem Selbstbewusstsein gelangt“* seien, *„mit allen Mitteln gegen uns kämpfen“* und schied schon 1927 aus. Ihn beschlich die Furcht, *„der Wut der Araber ausgeliefert“* zu werden. Magnes schrieb an Weltsch, dass an eine Verständigung nicht zu denken sei, *„es sei denn, dass wir bereit sind, uns als brave Untertanen in Palästina in einen arabischen Staat einzugliedern“*. Trotz eher taktischen Differenzen fand sich die Gruppe auf dem Höhepunkt der arabisch-jüdischen Zusammenstöße zu einem gemeinsamen Programm zusammen:

„Dem Brith Schalom schwebt ein binationales Palästina vor, in welchem beide Völker in völliger Gleichberechtigung leben, beide als gleich starke Faktoren das Schicksal des Landes bestimmend, ohne Rücksicht darauf, welches der beiden Völker an Zahl überragt. Ebenso wie die wohlerworbenen Rechte der Araber nicht um Haaresbreite verkürzt werden dürfen, ebenso muss das Recht der Juden anerkannt werden, sich in ihrem alten Heimatlande ungestört nach ihrer nationalen Eigenart zu entwickeln und eine möglichst große Zahl ihrer Brüder an dieser Entwicklung teilnehmen zu lassen.“

Zwei Überzeugungen ließen in dem Programm aufhorchen und wirkten weiter: Es postulierte doppelte nationale Rechte und lehnte den sogenannten demographischen Faktor ab – den „*Krieg der Gebärmütter*“: die Entscheidung der Mehrheit über das Votum der Minderheit. Zum anderen wurden die verfassungsrechtlichen Fragen nicht angesprochen, sondern die „*sozialen Beziehungen in Palästina auf dem Fundament absoluter politischer Gleichheit der zwei kulturell autonomen Völker*“ blieben der weiteren Entwicklung überlassen. Dass der Gruppe der Erfolg versagt war, hing damit zusammen, dass seine Protagonisten einerseits in der Tradition der westeuropäisch geprägten Aufklärung („Haskala“) und des deutschen Idealismus standen und dass sein politischer Einfluss nicht gegen den Mehrheitszionismus osteuropäischer Kultur ankam. Dass die arabische Führung mit dem Mufti von Jerusalem Amin Al-Husseini, der Konkurrenten politisch aus dem Wege räumte, an ernsthaften Gesprächen nur dann erkennen ließ, wenn die jüdische Bevölkerung sich ihrem Regiment fügen würde, schwächte die Argumentation des „Brit Shalom“ zusätzlich. Für den einflussreichen Historiker Albert Hourani (1915 – 1991) lag die „*einzig gerechte und praktikable Lösung*“ in der Umwandlung Palästinas in einen arabischen Staat mit einer arabischen Mehrheit bei vollen Rechten für die jüdische Minderheit.

Auf dem XVII. Zionistenkongress 1931 in Basel musste sich Chaim Weizmann als Präsident der Zionistischen Organisation den Vorwurf gefallen lassen, er habe das große Ideal der Propheten der „*Karikatur des Brith Schalom*“ geopfert. Die zionistische Exekutive mit David Ben-Gurion – er befand sich auf dem Sprung zum Vorsitz der „Partei der Arbeiter im Lande Israel“ (Akronym „Mapai“) – ließ kein gutes Haar an der Gruppe. Die „*arabische Frage*“ interessierte ihn nur aus zionistischer Sicht. Mehrere Initiativen in der Nachfolge des „Brit Shalom“, der 1933 seine Arbeit beendete, ohne sich formell aufzulösen, scheiterten, weil sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Verlauf des Zweiten Weltkrieges konzentrierte. Der Generalsekretär der Arabischen Liga ließ kurz vor dem Ende des britischen Mandats keinen Zweifel daran aufkommen, dass ein „*Krieg der Auslöschung mit bedeutenden Massakern*“ an den Juden bevorstehe, die jenen der Mongolen und der Kreuzfahrer gleichen würden. In der Nacht vom 14. auf den 15. Mai 1948 informierte Kairo den UN-Sicherheitsrat, dass Ägypten in Palästina „Recht und Ordnung“ schaffen wolle.

Frieden jetzt?

Als nach dem Junikrieg die ersten Weichen für ein Groß-Israel gestellt wurden, setzten sich Wissenschaftler, Autoren, Offiziere und Soldaten der Reserve öffentlich zur Wehr. Den Anfang machte im Mai 1969 die Erklärung der „Bewegung für Frieden und Sicherheit“ (man beachte die Reihenfolge im Titel!) mit der Überschrift *„Ein israelisches Friedensprogramm – das Gebot der Stunde“*, die von Simha Flapan (Publizist), Amos Kenan (Autor, Maler, Skulpteur) sowie den Professoren der Hebräischen Universität Yehoshua Arieli (Amerikanist), Ernst Simon, Gabriel Stein (Historiker), Jacob L. Talmon (Historiker) und Zvi Werblowsky (Religionswissenschaftler) unterzeichnet war. Simon glaubte noch 1971, dass *„ihr [der Gruppe] unterirdischer Einfluss vielleicht größer ist als ihre organisatorische Bedeutung und Ausdehnung“*. Als Buber 1950 von einem Ladenbesitzer in Jerusalem aufgerufen wurde, ihr politisches Scheitern einzugestehen, parierte er die Aufforderung mit dem Gebot, dass sich aus einer guten Sache, wenn sie besiegt worden sei, nur ergebe, „dass wir uns nunmehr erst recht für sie einzusetzen haben“.

In ihrem Appell warfen die Unterzeichner der Regierung vor, „Israel fortwährend schweren Schaden“ zuzufügen, verwiesen auf die Ausdehnung der *„Besiedlung der besetzten Gebiete“*, um dort *„neue Fakten‘ zu schaffen“*, und sich *„um ihre politische und moralische Pflicht“* zu drücken, *„einen Plan für die Wiedereingliederung der in Lagern in den besetzten Gebieten lebenden arabischen Flüchtlinge vorzulegen“*. Nachdem die *„öffentliche Meinung in der ganzen Welt“* Israel unterstützt habe und *„unser loyaler Verbündeter“* im Sechstagekrieg gewesen sei, wende *„sie sich gegen uns“*. Die Unterzeichner schlossen mit der Hoffnung:

„Möge Israel durch die Vorlage eines israelischen Friedensprogramms gestärkt werden sowie durch ehrliche, konsequente und zielstrebige Anstrengungen zu seiner Verwirklichung [kommen]!“

Am 22. September erschien in „Haaretz“ eine mahnende Anzeige der antizionistischen Gruppe „Matzpen“ („Kompass“):

*„Besatzung gebiert danach Fremdherrschaft,
Fremdherrschaft gebiert danach Widerstand,
Widerstand gebiert danach Unterdrückung,
Unterdrückung gebiert danach Terror.“*

Die Gruppe beendete ihren Aufruf mit dem Appell *„Sofort raus aus den besetzten Gebieten“*. Dagegen verlegte das Verteidigungsministerium eine Broschüre mit dem Untertitel *„Ein Zeugnis des Fortschritts“*. Am 07. März 1978 legten 348 Angehörige des Militärs vom Oktoberkrieg 1973 den *„Brief der Reserveoffiziere“* vor. Darin brachten sie ihren Unmut zum Ausdruck, dass sie gegen die Palästinenser kämpfen müssten, während die Politik jedem politischen Fortschritt auszuweichen suche. Drei Wochen danach meldete sich die Bewegung *„Frieden jetzt“* vor dem Amtssitz des Ministerpräsidenten in Jerusalem zu Wort. Am 01. April nahmen 40.000 Menschen an ihrer Demonstration in Tel Aviv teil. Bis Ende Mai 1978 unterzeichneten 100.000 Personen den Brief. Zur selben Zeit forderte Menachem Begin (1913 – 1993) alle Botschaften und Konsulate dazu auf, in Zukunft von *„Judäa und Samaria“* zu sprechen und zu schreiben. Seither ist Schritt für Schritt die *„Grüne Linie“* aus allen amtlichen Dokumenten entfernt worden, auf den Landkarten wird Israel zwischen Mittelmeer und Jordan ausgewiesen. Kurz vor seinem Tod schrieb der bedeutendste israelische Historiker Jacob L. Talmon (1916 – 1980) an den Ministerpräsidenten: *„Es gibt Siege, die schwerer als Niederlagen zu ertragen sind.“*

„Wir waren wie Träumer“

Mit dem Erfolg im Junikrieg 1967 wurde jenes Israel gegründet, das uns heute bekannt ist. *„Wo war unser Hebron? Wo war Sh'chem [Nablus], unser Jericho? Weg? Vergessen? Und ganz Transjordanien, das uns gehört? In diesem Zustand der Zerrüttung bis aufs Mark ist mein ganzer Körper wund und in Bruchstücke zerfetzt“*, ließ der heutige Staatspräsident Reuven Rivlin seiner Trauer vor 1967 freien Lauf. In seinem Beitrag für das damalige Massenblatt *„Ma'ariv“* („Abend“) schrieb der Schriftsteller Natan Alterman (1910 – 1970) am 16. Juni 1967:

„Dies ist die Bedeutung unseres Sieges: Er tilgte gegen alle praktischen Absichten die Unterscheidung zwischen dem Staat Israel und dem Land Israel. Zum ersten Mal seit der Zerstörung des Zweiten Tempels ist das Land Israel in unserer Hand. Seither sind der Staat und das Land eine Einheit... ”

Alterman sei die Stimme und wir ihr Echo, urteilte Moshe Dayan (1915 – 1981). Hatte dieser in einer Botschaft an die Soldaten am 05. Juni zunächst betont, dass es nur darum gehe, „den Versuch der arabischen Feinde, unser Land zu erobern“, zu verhindern und den Blockadering zu durchbrechen, so unterstrich er nach dem Sieg den Eigentumstitel auf das Land Israel mit Gottes Wort *„Fürchte dich nicht, mein Knecht Jakob“* (Jesaja 41,9). Der angeblich jedem Mystizismus abholde Verteidigungsminister, dessen wilde Grabungen nach antiken Fundstücken berüchtigt waren, begründete den Anspruch auf Groß-Jerusalem mit dem Satz: *„Wir sind nach Shiló* [Buch Josua 13 über die Versammlung der israelitischen Stämme in der damaligen Hauptstadt Israels zur Zeit der Richter; dort soll die Bundeslade gestanden haben] *und Anatót* [Buch Josua 17,1 ff., & 18 über die Versammlung der israelitischen Stämme zur Zeit der Richter; in Anatót soll der Prophet Jesaja geboren sein] *zurückgekehrt, um sie nie zu verlassen.“* Für Shimon Peres (1923 – 2018) identifizierte sich Dayan „ebenso mit unseren Ahnen, die noch Sandalen und wehende Gewänder trugen, wie mit unseren Zeitgenossen, die in den Cockpits der Düsenjäger saßen“. Am 22. September erschien das Manifest „Für das ganze Land Israel“:

„Das Land Israel befindet sich nunmehr in den Händen des jüdischen Volkes... Wir sind verpflichtet, der Unversehrtheit unseres Landes die Treue zu bewahren – verpflichtet gleichermaßen gegenüber der Vergangenheit wie der Zukunft des jüdischen Volkes –, und keine Regierung hat das Recht, auf diese Vollkommenheit des Landes zu verzichten.“

Das Wohnen im Lande Israel wiege alle anderen Gebote der Thora auf, heißt es in einem „Midrash“, der Sammlung von Predigten und Diskussionen. Amos Oz konnte sich der Gefühle angesichts der „Rückkehr“ Jerusalems nicht erwehren. Auch der im Ausland hochgeschätzte Gideon Levy war hingerissen. Yig'al Yadin (1917 bis 1984), Operationschef im israelischen Unabhängigkeitskrieg und Grabungsleiter auf der Bergfestung Massada am Toten Meer, stimmte der „Erlösung Jerusalems“ zu.

Der langjährige Chefredakteur der englischen Ausgabe der „Jerusalem Post“ David Landau, der in London eine orthodoxe Erziehung genossen hatte, von der er sich löste, ließ sich von der „*neo-messianischen Erfahrung*“ gefangen nehmen: „Wir fühlten uns, als ob die Vision der Propheten wahr geworden wäre und wir ihre Werkzeuge“ seien. Der Geheimdienstchef Yehoshafat Harkabi (1921 – 1994) registrierte „*eine allgemeine Tendenz zur Selbst-Begeisterung*“. „Wir waren wirklich blind, niemand sprach damals von Besatzung“, erinnerte sich die 90 Jahre alte Künstlerin und Designerin Ruth Kedar. Zwar erhoben einige Minister Einwände oder forderten eine Friedensinitiative, aber im Parlament lehnten nur die Parteien „Rakach“ („Neue Kommunistische Liste“) und „Maki“ („Kommunistische Partei“) die Eingemeindung Ost-Jerusalems ab. Am 29. Juni 1967 erhielt der arabische Bürgermeister Ruhi Al-Khatib (1914 – 1994) seine Entlassung auf einer Papierserviette.

Für die Advokaten des Neo-Zionismus – ein Begriff, den der in Essen geborene Tel Aviver Historiker Shlomo Ne’eman (1925 – 2006) einführte – hatte sich die Unterscheidung zwischen den „*kleinzionistischen*“ Zielen – der Gründung 1948 – und den „*großzionistischen*“ Bindungen erledigt. Mit dem Sieg kam ein neuer Seismograph ins Spiel: An die Stelle des von Menschen verhandelten Friedens solle der Friede Gottes treten, der höher sei als alle menschliche Vernunft – eine Befreiungstheologie zur Aufhebung der Zwei-Reiche-Lehre zugunsten eines sakralen Volksgedächtnisses. Rechtsstaat und Demokratie gerieten unter massiven Druck.

Vom Kopf auf die Füße stellen

„*Wir hatten nie einen ehrlichen Gedankenaustausch mit den Israelis*“, bilanzierte Aaron David Miller nach 25 Jahre langer Tätigkeit im „State Department“ und mahnte, Israel mit keiner „*Carte blanche*“ zu versehen, sprach sich aber geradezu händeringend dagegen aus, für die Zwei-Staaten-Lösung das jüdische Totengebet („Kadish“) zu sprechen. Für den Diplomaten Daniel C. Kurtzer und den Wissenschaftler Scott B. Lasensky lief die rücksichtslose Solidarität der USA mit Israel auf einen strategischen Eskapismus hinaus, der sich letztendlich für diesen Staat als lebensgefährlich erweisen könne. Als „*amateurhaft*“ verurteilte Daniel

Levy, vormals Berater im israelischen Team der „Genfer Initiative“, Washingtons Nahostpolitik. Ohne einen Zweifel an seiner Verachtung für den „*notorischen Lügner*“ Yasser Arafat zu lassen, führte der Diplomat Martin Indyk in seinem Buch „Innocent Abroad“ die konzeptionellen Schwächen und die politische Hilflosigkeit von Bill Clinton bis George W. Bush vor. Neben den „*Doppeldeutigkeiten*“ machte Indyk eine durchgängige „*Naivität*“, eine „*treuherzige Schlichtheit*“, eine „*grandiose Torheit*“, einen schwer verständlichen „*Illusionismus*“, „*haarsträubende Versäumnisse*“ sowie schwere taktische „*Mängel*“ aus:

„Wir nahmen fälschlicherweise an, dass die nahöstlichen Akteure einschließlich unserer israelischen Friedenspartner mit Erfolg unsere Bemühungen mit ihrem eigenen Vorteil verbinden würden, doch heraus kam ein höchst abweichendes Ergebnis.“

Als George W.H. Bush 1991 der Exekutive in Jerusalem vorübergehend eine Bürgschaft zur Integration der Einwanderer aus Russland verweigerte, weil mit dem Geld auch Wohnungen in den palästinensischen Gebieten gebaut würden, führte Yitzhak Shamir die Absage auf das „*Jewboy*“-Trio Dennis Ross, Miller und Kurtzer zurück, weil sie sich dagegen wehrten, dass der Regierungschef das Geld für die „*Einwanderung in das größere Israel*“ benutze; Shamir beschwor das Paradigma einer talmudischen Moralweisung, wonach „*ganz Israel*“ füreinander verantwortlich sei („*Kol Israel arewím se ba'seh*“); die drei Genannten wurden also nicht mehr dazugezählt. Nach seinem Einzug ins Amt des Ministerpräsidenten machte Benjamin Netanjahu die jüdischen Berater Bill Clintons Rahm Emanuel und David Axelrod für die Ablehnung der Siedlungspolitik verantwortlich. Die „*Jerusalem Post*“ forderte die Regierung auf, Clinton als den seit Dwight D. Eisenhower (1890 bis 1969) feindseligsten Präsidenten auszusitzen; der derzeitige Botschafter in Israel David Melech („*König*“) Friedman, der ein strikter Befürworter der israelischen Präsenz in der Westbank ist, beschuldigte Obama des Antisemitismus.

Je illusionärer sich die Zwei-Staaten-Lösung ausnahm, desto zahlreicher wurden der Alternativen erarbeitet für

- eine Föderation mit offenen Grenzen gemäß dem bundesstaatlichen Modell der USA, der Kantonsordnung in der Schweiz und der Option doppelter Staatsbürgerschaften über

- die vollständige israelische Annexion der palästinensischen Gebiete mit dem Angebot, dass der dortigen Bevölkerung der Status als „Permanent residents“ mit Eigenregelungen in kulturellen, edukativen und religiösen Angelegenheiten gewährt würden,

- die Gewährleistung voller bürgerlicher Rechte für die palästinensische Bevölkerung ohne deren politische Mitwirkung. Reuven Rivlin, der als dezidierter Anhänger der „Land Israel“-Leidenschaften das Rechtsstaatsprinzip verfißt, bot den Palästinensern unter dem Schirm einer „*gemeinsamen israelischen Identität*“ die Staatsbürgerschaft an. Finde die Offerte keine Zustimmung, so müsse ein „*Souveränitätsarrangement*“ mit einem legislativ beschränkten palästinensischen Parlament gefunden werden – Hoheitsgewalt minus. Dagegen ignorierte die „*willkürliche Grenzziehung*“ im Waffenstillstandsvertrag mit Jordanien nach Auffassung Yehouda Shenhav's „*die Existenz einer palästinensischen Gesellschaft und übersah ihre politische, kommunale und soziale Infrastruktur*“. Ohne das Recht des jüdischen Kollektivs auf Selbstbestimmung in Zweifel zu ziehen, verwahrte sich der Tel Aviver Soziologe gegen die „*neue Nostalgie*“ der Technokraten, Staatsdiener, Juristen, Wissenschaftler, Offiziere und Journalisten – nach seinem Urteil den linken Trägern der „*säkularen Religion*“ –, die am Teilungsparadigma festhalten wollten.

Selbst der in Be'ersheva lehrende Historiker Benny Morris, der nach seiner epochalen Arbeit über die Flüchtlingstragödie 1947/48 nach Ausbruch der zweiten „Intifada“ bedauerte, dass die israelische Politik nicht „*Tabula rasa*“ gemacht habe, betrachtete eine Ein-Staat-Lösung unter „*strikt geographischen Bedingungen*“ als „*unweigerlich logisch*“. Die Gestalt und die geringe Größe des „*Landes Israel/Palästina*“ würden die Teilung zu einem Albtraum machen. Es ist zu vermuten, dass für Morris die israelische Souveränität über alle Teile des Landes gewährleistet bleiben sollte.

Auch unter den Palästinensern blieben Antworten nicht aus. Der ehemalige Mitarbeiter Arafats George T. Abed befürchtete, dass sich der Präsident den „*Fallstricken der Staatlichkeit*“ ergebe. Der wegen seiner analytischen Schärfe argwöhnisch begleitete Azmi Bishara, damals Mitglied der Knesset für die 1996 gegründete „Nationaldemokratische Versammlung“ („Balad“), warf Arafat „*Staatsobsession*“ vor, schrieb aber auch der Opposition eine „*triviale und historisch unverantwortliche Rolle*“ zu. Der in New York lehrende Historiker Rashid Khalidi nahm die Idee eines palästinensischen Staates aus dem „*Zentrum des historischen Narrativs*“ heraus. Die an der Universität Exeter arbeitende Orientalistin Ghada Karmi plädierte für die Wahl zwischen drei Optionen:

- entweder das föderale Modell für Palästina mit Jerusalem als Gegenstück zu Brüssel oder
- das bilaterale Modell, wobei die beiden Bevölkerungen in einem Land, aber ethnisch geschieden, mit offenen Grenzen leben würden, oder ein weltlicher demokratischer Staat auf der Basis der individuellen Staatsbürgerschaft mit gleichen Rechten, und zwar ungeachtet der ethnischen, religiösen oder Geschlechterzugehörigkeit.

Der in Chicago lebende Palästinenser Ali Abunimah hinterließ mit seinem Konzept für einen föderierten Staat Israel-Palästina bei manchem Rezensenten eine Gänsehaut, während Kritiker ihm unberechtigten Optimismus unterstellten, weil auch er die Grenzen als Ergebnis zweier Kriege als unhaltbar und bedrohlich bezeichnete und sich für den Schutz der kulturellen, religiösen und sprachlichen Eigenheiten aller Volksgruppen aussprach.

Für den in Ramallah tätigen palästinensischen Soziologen Khalil Shikaki kann zwar ein gemeinsamer Staat, wenn die Besatzung anhält, auf lange Sicht kaum verhindert werden, doch werde keine Seite von „*einer hässlichen Ein-Staat-Dynamik*“ profitieren, aus der – so rügte er – die internationale Diplomatie nicht bereit sei, Konsequenzen zu ziehen, nämlich dass Israel das Land kontrolliere, während die Palästinenser außerstande seien, ihr Schicksal zu bestimmen und auf die israelische Politik einzuwirken. „*Der Name ist mir egal. Ob es Palästina heißt oder Israel oder Kanada*“, ließ sich ein Palästinenser aus der Nähe Bethlehems im „Spiegel“-Gespräch auf diesen Vorstellungsrahmen ein.

Im Juni 2015 präsentierten Israelis und Palästinenser aus Wissenschaft und freien Berufen ihr Manifest „Zwei Staaten – ein Heimatland“ („Two States – One Homeland“):

„Das Land Israel / Palästina ist die gemeinsame Heimat zweier Völker – für Juden und Palästinenser. Beide Völker sind durch tiefe historische, religiöse und kulturelle Bande an das Land gebunden. All jene, die in dieser gemeinsamen Heimat leben, haben die gleichen Rechte auf ein Leben in Freiheit, Gleichheit und Würde verdient – Rechte, die in jeder künftigen Regelung garantiert werden müssen. ... Palästina / Israel bilden eine historische und geographische Einheit vom Jordan bis zum Mittelmeer.“

In ihren Eckpunkten zeigten sie Beharrungsvermögen:

- Beide Staaten verständigen sich auf eine verhältnisgleiche („proportional“) Zahl von Bürgern im jeweils anderen Staat mit dem Status von „Permanent resident“. Die Israelis haben das Recht, ihrem Wahlrecht in Israel und die Palästinenser ihrem Wahlrecht in Palästina nachzukommen, wobei letztere als nationale Minderheit bürgerliche Gleichberechtigung, angemessene Vertretung in Behörden, einen fairen Anteil an den staatlichen Ressourcen und angemessene Vertretung in gemeinsamen israelisch-palästinensischen Institutionen erhalten. Identisches gilt für eine jüdische Minderheit in Palästina;
- zwei souveränen Staaten mit dem Recht der Selbstbestimmung auf der Grundlage der „Grünen Linie“. Beide Gemeinwesen seien künftig durch offene Grenzen zum Zwecke der Bewegungsfreiheit, der Berufswahl und des Wirtschaftsaustauschs miteinander verbunden;
- Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten, wobei in diesem lebenden Organismus die heiligen Stätten gemeinsam von Vertretern aller Religionen sowie von der internationalen Gemeinschaft verwaltet würden. Sofern Juden in Palästina bleiben, könnten sie palästinensische Staatsbürger zu denselben Bedingungen werden, wie die arabischen Staatsbürger Israels auch die palästinensische Staatsbürgerschaft zu erwerben berechtigt seien;

- dem Recht beider nationaler Gemeinwesen in eigener Gesetzgebungskompetenz über die Einwanderung und die Verleihung des Staatsbürgerrechts zu bestimmen. Nach Israel zurückkehrende arabische Flüchtlinge würden „Permanent residents“ und könnten auf der anderen Seite die palästinensische Staatsbürgerschaft erwerben;
- den Rechten der arabischen Bürger Israels als einer nationalen Minderheit mit angemessener Vertretung in öffentlichen Körperschaften;
- einem gemeinsamen Gerichtshof zur Ahndung von Menschenrechtsverletzungen sowie von Verstößen gegen den freien Wirtschaftsaustausch und für die gerechte Verteilung der Ressourcen;
- einem „Versöhnungsvertrag“ in Abstimmung mit beiden Parteien unter Beteiligung der Arabischen Liga, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Er werde den Rahmen für die Friedensverträge mit den Staaten des Nahen Ostens bilden.

Nachdem Yossi Beilin, häufig als Architekt der Osloer Vereinbarungen gepriesen, erst in tausend Jahren eine Ein-Staat-Lösung für möglich hielt, kam auch er zum Ergebnis einer israelisch-palästinensischen Konföderation, da *„unsere beiden Völker“* zu nahe beieinander leben. 2013 hielt Rivlin *„ernsthaft“* die Zeit für das Eingeständnis gekommen, „dass Israel krank“ sei – woraufhin er als *„kleiner Lügenjude“*, *„arabischer Agent“*, *„verachtenswerter Kriecher“* und *„Verräter“* beschimpft wurde. Als er im November 2017 die Begnadigung eines Soldaten ablehnte, der einen am Boden liegenden Palästinenser in Hebron kaltblütig erschossen hatte, wurde er als *„ein verdammter Nazi“* beschimpft. Die frühere Abgeordnete Einat Wilf von der Arbeitspartei zählte Daniel Barenboim zu den *„Verächtern des Zionismus“*.

Im April 2018 schließlich setzte sich der Autor Abraham B. Yehoshua für eine „De-facto-Partnerschaft“ für die Westbank und für Jerusalem mit folgenden Parametern ein, um dem *„Krebsgeschwür der Okkupation“* ein Ende zu bereiten:

- Absoluter Stopp des Baus neuer Siedlungen und der Erweiterung bestehender Anlagen. Innerhalb von fünf Jahren wird allen palästinensischen Bewohnern der Westbank die Staatsbürgerschaft angeboten. In ihrem Personalausweis stehe: Angehörige der „Israelisch-Palästinensischen Föderation“. Sie erwerben das Recht auf volle Bewegungsfreiheit innerhalb und außerhalb einer Föderation.
- Alle palästinensischen Bewohnern Jerusalems wird das volle Bürgerrecht angeboten. Die heiligen Stätten in der Altstadt werden gemeinsam von den drei großen Religionen verwaltet.
- Das Wahlsystem für ein Unterhaus des Parlaments wechselt vom Verhältnis- und Regionalrecht.
- Das Land wird in Distrikte aufgeteilt, aus denen unabhängig vom demographischen Gewicht je zwei Repräsentanten in ein Oberhaus des Parlaments entsandt werden. Die Distrikte regeln Erziehung, Kultur und Religion in eigener Verantwortung.
- Der gemeinsame Präsident geht wie in den USA und Frankreich aus allgemeinen Wahlen hervor.
- Enteignete Palästinenser werden durch Zuweisung von Böden (gemeint sein dürfte Staatsland) und finanziell entschädigt.
- Das israelische Recht auf Rückkehr der Juden aus der Diaspora wird modifiziert. Die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge von außerhalb der Föderation beschränkt sich auf die Familienzusammenführung. Die Europäische Union und andere Staaten werden um Kredite und verlorene Zuschüsse für die Rehabilitierung der Bewohner in den Flüchtlingslagern gebeten.
- Die östliche Grenze Israels/Palästinas bleibt unter voller israelischer Kontrolle.

Am 04. November 1995 wurde Yitzhak Rabin ermordet. Sein Todesurteil lautete: *„Wer sich um das Land nicht kümmert, um den kümmert sich das Land nicht.“* Sigmar Gabriel dürfte bewusst gewesen sein, dass die größte Herausforderung

darin besteht, die jüdische Bevölkerung Israels von ihrer Psychose als ewiges Opfer und der daraus resultierenden Reaktion des Gewalteinsatzes zu befreien. Die Methoden des „soft power“ (Joseph Samuel Nye Jr.) in Frank-Walter Steinmeiers „*Streit unter Freunden*“ bei haben einer Friedensordnung keine Impulse vermittelt. Da Beschwichtigungen geringe Realisierungschancen haben, verwischen konsensfähige Formulierungen die Hauptsache: Vertrauen und Respekt als grundlegende Formate für politische Absprachen. Der international renommierte Schauspieler Mohammad Bakri hat beklagt:

„Wie kann jemand wie ich, der sein ganzes Leben an das Recht beider Völker, Israelis und Palästinenser, geglaubt hat (und immer noch daran glaubt), Seite an Seite in Frieden und Respekt und Gleichberechtigung zu leben, ein voller Partner zu sein und Schulter an Schulter mit meinen jüdischen Brüdern zu arbeiten, wenn Sie [Netanjahu] mir das Recht nehmen, den Mund aufzumachen, und die Fähigkeit nehmen, für meine Kinder das Brot zu verdienen?“

Mit Nachdruck hat der Jerusalemer Historiker Moshe Zimmermann darauf hingewiesen, dass die deutsche Verdichtung der bilateralen Beziehungen auf die „*Zeichen der schwierigen Vergangenheit*“ in Israel eine „*Wagenburg-Mentalität*“ fördert, und dazu aufgerufen, die Geschichte neu zu studieren und zu bewerten, die der souveränen Verantwortung des Staates Israel gegenüber dem palästinensischen Volk Rechnung trage. In einem Beitrag aus Anlass des 70. Jahrestages der Gründung Israels haben er und Shimon Stein, von 2001 bis 2007 Botschafter seines Landes in Berlin, die Bundesregierung zum Umdenken aufgefordert: „*So richtig es bleibt, die Geschichte als Mahnung und Wegweiser zu betrachten: Das deutsche Ritual, sich in der Außenpolitik ständig auf den Holocaust zu beziehen, wird immer öfter problematisch.*“ Die eigentliche Frage, die eigentliche Verantwortung, so beide Autoren weiter, „*betrifft die Existenz der Demokratie in Israel*“.

Im Frühjahr 2017 – Sigmar Gabriel leitete das Auswärtige Amt – habe ich ein Papier unter Rückgriff auf israelische und palästinensische Debatten zur Schaffung einer neuen politischen Erzählung eingebracht. Danach soll die Bundesregierung in Abstimmung mit der Europäischen Union die Federführung bei der Vorbereitung

eines Konvents mit parteipolitisch unabhängigen israelischen und palästinensischen Staatswissenschaftlern, Politologen, Soziologen, Ökonomen und Kulturschaffenden übernehmen und ihn organisatorisch-logistisch und materiell fördern und begleiten, damit in einem gemeinsamen Vortrag ein Wandel zu Entspannung, Zuwendung und Toleranz in Gang gesetzt werde. Im Gegensatz zu den schlechten Erfahrungen der Protagonisten in der „Genfer Initiative“ seien die Hauptstädte außerdem unmittelbar eingebunden und mitverantwortlich.

Den Experten wäre ohne Einmischung von außen aufgetragen, nach einem bundesstaatlichen oder (kon-)föderativen Verfassungsmodell mit der auf korporative Partizipation ausgerichteten Fortschreibung von Woodrow Wilsons Selbstbestimmungsrecht zu suchen, das durch einen integrativen Pragmatismus „von unten“ der Gefahr entgeht, die jeweils demographisch und ökonomisch schwächere Minderheit zu dominieren. Netzwerke zwecks Förderung des Jugend- und Erwachsenen-austausches sind wichtig. Wenn der nationalen Trennung beider Völker die Realisierungschance abhandengekommen ist, muss sich die Diplomatie für die rechtliche und politische Gleichstellung verwenden, um ein verschärftes Apartheid-Regime zu verhindern.

Moshe Tavor, Pressereferent an der Israel-Mission in Köln vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1965 und danach langjähriger Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Jerusalem, hat uns in den 1970er Jahren eine „wissende Unbefangenheit“ aufgetragen: in Deutschland die politischen Lektionen aus der „Shoah“ zu ziehen und in Israel die Politik zu begleiten, auch kritisch.

Welche politischen Erwartungen lassen sich an die 7. deutsch-israelischen Regierungskonsultationen am 04. Oktober 2018 in Jerusalem knüpfen? Bleibt es bei der Betonung der Beziehungen zwischen beiden Staaten, Unterschriften unter Wirtschaftsabkommen und die Warnung vor dem Iran? Im Februar 1974 hatte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Ernst Benda in Tel Aviv beim Empfang des Staatspräsidenten klargestellt:

„Als mir vor einigen Jahren in Jerusalem – ich war damals Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft – von einem prominenten Vertreter Ihres Landes der Dank dafür ausgesprochen wurde, daß wir so nachhaltig die

Interessen Israels in der Bundesrepublik verteidigten, habe ich mich gegen diese Anerkennung deswegen verwahrt, weil wir nicht die Agenten Israels in Deutschland sind. Wir vertreten wie dies selbstverständlich ist, die Interessen unseres eigenen Landes, die wir so verstehen, daß der Einsatz für die Existenz und das Lebensrecht Israels zu den essentiellen Bestandteilen deutscher Politik gehört. Würde dies in irgendeiner Weise zweifelhaft werden, würde eine nationale Politik, die Anspruch auf Glaubwürdigkeit erhebt und damit die Chancen auf Erfolg einschließt, unmöglich sein. Diese Haltung der Solidarität schließt das Recht und die Pflicht zur Kritik ein, wenn wir glauben, dass Israel falsch handelt.“

Dem in London wirkenden libanesisch-französischen Historiker Gilbert Achcar folgend, ist es höchste Zeit, sich jener Zionisten zu erinnern, die die Spannungen aus dem Weg räumen wollen.